

**Resolution des GPA-djp Bundesvorstandes
zur Neuausrichtung der Europäischen Wirtschaftspolitik**

25. Mai 2011

1.) Europaweit protestieren Gewerkschaften gegen politische Initiativen, die im Zusammenhang mit der Rettung des Finanzsektors entstandene Schuldenkrise in erster Linie mit Sparpaketen und bedenklichen Eingriffen in die Budgethoheiten der EU-Mitgliedstaaten zu bereinigen. Kritisiert werden dabei v.a. auch die mit der Schaffung eines Europäischen Stabilitätsmechanismus („Euro-Rettungsschirm“) von der EU-Kommission vorangetriebenen und derzeit im EU-Parlament zur Beschlussfassung vorliegenden Pläne zur Verschärfung des Wirtschafts- und Stabilitätspaktes mit seinen bedenklichen Auswirkungen für die ArbeitnehmerInnen und die sozialen Sicherungssysteme. Auch der von den meisten Regierungen in der EU beschlossene „Euro-Plus-Pakt“, der die Wettbewerbsfähigkeit der Eurozone vor allem auf Kosten der Arbeitnehmer/innen verbessern und die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise entstandene Verschuldung der öffentlichen Haushalte vorrangig durch massive Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme zurückfahren will, lässt zurecht die Alarmglocken der Gewerkschaften ringen.

- Mittels eines neu geschaffenen Verfahrens zum Abbau „wirtschaftlicher Ungleichgewichte“ soll die Wirtschaftspolitik aller EU-Länder unter Aufsicht der EU-Kommission gelangen. Statt positiver zwischenstaatlicher Koordinierung, die Wachstum und Beschäftigung fördern, wird vorrangig auf Überwachung und Sanktionierung nationaler Politiken gesetzt.
- Die vorgeschlagenen Indikatoren, mit deren Hilfe die Kommission „wirtschaftliche Ungleichgewichte“ feststellen und Strafzahlungen bei Verletzungen der Haushaltsdisziplin in Gang setzen will, sehen u.a. vor, durch den Vergleich der Entwicklung der Lohnstückkosten festzustellen, ob die Löhne wettbewerbsfähig genug sind.
- Die radikale Sparpolitik, die in nahezu allen EU-Ländern zeitgleich vorangetrieben wird, birgt akut die Gefahr für massive Konjunkturrückschläge bzw. wirtschaftliche Einbrüche in sich und fördert die Armutsgefährdung.
- Die geplanten Verschärfungen des Stabilitätspaktes mit sanktionierbaren Ausgaben-, Verschuldungs- und Defizitregeln sind aber nicht nur wirtschafts-, sondern auch demokratiepolitisch bedenklich, führen sie doch zu einer bedenklichen Verschiebung der Entscheidungsgewalten in der EU. So räumen sie der EU-Kommission eine bislang in keiner Weise vorgesehene und EU-rechtlich umstrittene Hoheit bei der Definition „verfehlter“ Haushaltspolitiken in den EU-Ländern sowie bei der Einleitung von Geldbußen ein.
- Budgetpolitisch würde die punktgenaue Umsetzung des reformierten Stabilitätspaktes selbst für Österreich – dessen Neuverschuldung und Schuldenstand in der EU unterdurchschnittlich sind – weitere empfindliche Konsolidierungsschritte verpflichtend machen.

- Unter dem Vorwand der langfristigen Sicherung der öffentlichen Haushalte zielen diese Vorhaben zugleich auf Einschnitte in soziale Sicherungssysteme. So wird im „Euro-Plus-Pakt“ die Angleichung des Rentensystems an die demografische Situation gefordert – z.B. durch Heraufsetzung der Altersgrenzen oder die Begrenzung von Vorruhestandsregelungen. Auch der Anstieg der Gesundheitsausgaben soll überprüft und möglichst begrenzt werden.

Gewerkschaftliche besonders bedenklich: Die Vorschläge laufen darauf hinaus, durch moderate Lohnabschlüsse die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und übermäßige Steigerungen der Lohnstückkosten zu verhindern. Lohndumping und einer Schwächung der Sozialsysteme wird damit Vorschub geleistet, vor Steuerdumping und Spekulation hingegen kapituliert. Der angestrebte Weg ist allerdings völlig ungeeignet, um sozial- und wirtschaftspolitische Ziele wie Wohlstand, hohe Beschäftigung oder eine ausgewogenere Einkommensverteilung zu erreichen.

2.) Auch aus Gewerkschaftssicht spricht angesichts der schwersten Wirtschaftskrise seit 80 Jahren vieles für eine verstärkte Koordinierung und Steuerung der Wirtschaftspolitik in der EU, allerdings nur dann, wenn dies dazu beiträgt, die tatsächlichen Ursachen der Krise zu beseitigen und ein tragfähiges Konzept für einen Aufschwung in Europa zu bieten. Die Vorhaben der EU-Regierungen und der EU-Kommission gehen allerdings in die völlig falsche Richtung. Statt eines grundlegenden wirtschaftspolitischen Kurswechsels, laufen die vorliegenden Vorschläge auf ein beschleunigtes „weiter wie bisher“ hinaus. Geht es nach der EU-Kommission, wird die hohe Staatsverschuldung mit einer weiteren Durchsetzung der neoliberalen Politik abgebaut, während die Krisenursachen nicht effektiv angegangen werden.

- Innerhalb der EURO-Zone bestehen enorme Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit. Aus der Misere kann Europa nur dann herauskommen, wenn sich alle entsprechend ihrer Möglichkeiten an der Lösung beteiligen. Die Schuld einfach den südlichen Mitgliedsstaaten zu geben, verschärft die Situation und führt in die Sackgasse. Der Anpassungsprozess kann nur gelingen, wenn er gemeinsam erfolgt.
- Wenn man die Anpassungskosten einfach nur den südeuropäischen Ländern aufbürdet, müssten diese, um etwa mit Deutschland aufzuschließen, die Lohnstückkosten um über 30% drücken. Das ist unmöglich und wäre nur durch eine brutale Politik gegenüber den Arbeitnehmer/innen und der Bevölkerung denkbar. Wer diesen Weg geht, setzt die Zukunft der EU und die Demokratie auf das Spiel.
- Handlungsbedarf besteht sowohl bei Staaten, die in der Leistungsbilanz ein Defizit als auch bei jenen die Überschüsse haben. Sowohl der „deutsche“ als auch der „griechische“ Weg sind nicht nachhaltig. Es bedarf sowohl der Wettbewerbsfähigkeit als auch der Binnennachfrage. Das „deutsche Modell“ ist nicht verallgemeinerbar. Es können nicht alle Staaten Nettoexporteure sein. Eine wirtschaftliche Entwicklung, bei der alle Wachstumsbeiträge zum BIP aus dem Ausland kommen kann kein Vorbild für die ganze EU sein. Deutschland, auch Österreich müssen danach trachten, das Wachstum nicht nur über steigende Exporte zu erreichen, sondern im Sinne einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik die inländische Kaufkraft stärker anzuheben.

- Wirtschaftspolitische Koordinierung kann sich nicht auf die Überwachung der Leistungsbilanzen, der öffentlichen Verschuldung und der Lohnstückkosten beschränken. In eine umfassend makroökonomische Analyse sind weitere Indikatoren einzubauen: Beschäftigungsquote, Arbeitslosenquote, soziale Kohäsion, Beschäftigungsentwicklung, Wirksamkeit automatischer Stabilisatoren, Einkommens- und Vermögensungleichheit.

Die Ungleichgewichte müssen durch eine wirtschaftspolitische Koordinierung abgebaut werden, die sich an einer ausgeglichenen nachhaltigen Entwicklung orientiert. Statt einer solchen Koordinierung wird seitens der Kommission versucht, mit einer neoliberalen Agenda aus der Krise zu kommen: Diese altbekannten neoliberalen Rezepte lauten: „Lohndisziplin“, Erhöhung des Pensionsalters, „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit und des Beschäftigungsschutzes u.a.m. Mit derartigen Maßnahmen wird versucht, allen Arbeitnehmer/innen, insbesondere jenen der Defizitländer im Wege einer "internen Abwertung" die Kosten der Anpassung aufzubürden. Das ist nicht hinnehmbar!

3.) Die EU darf sich jedoch nicht zu einer Wettbewerbs- und Sparunion verfestigen, sondern muss sich endlich zu einer Sozial- und Beschäftigungsunion entwickeln. Es gibt Alternativen zu den einseitigen aktuellen Vorschlägen der EU-Politik. Diese sind zu ergreifen, damit die politischen Handlungsmöglichkeiten für einen dringend notwendigen Kurswechsel nicht noch weiter eingeschränkt werden:

- Die GPA-djp lehnt insbesondere jeden direkten oder indirekten Eingriff in die Autonomie der Sozialpartner und in historisch gewachsene Lohnbildungsprozesse der Mitgliedstaaten entschieden ab, ebenso wie Aufrufe zur Lohnmoderation. In der neuen wirtschaftspolitischen Architektur muss es eine entsprechende Schutzklausel und Klarstellung geben, dass es keinerlei Kompetenz von Rat und Kommission in Lohnfragen gibt.
- Was Europa anstelle von Sparzwängen und Eingriffen in die Sozialsysteme dringend braucht sind Schaffung von Arbeitsplätzen und die Stärkung der Binnennachfrage. Der Fokus einer koordinierten Wirtschaftspolitik muss daher auf der Stärkung der Nachfrage und der Kaufkraft liegen – das gelingt nur mit höheren Löhnen und Gehältern sowie abgesicherten sozialen Sicherungssystemen und Pensionen, nicht mit einem radikalen Sparkurs.
- EU-weit braucht es ambitionierte europaweite Investitions- und Innovationsprogramme statt Schuldenbremse und Lohndumping, damit mit Zukunftsinvestitionen Wachstum, Beschäftigung, Einkommen und Wohlstand für alle entstehen. In diesem Sinn gilt es öffentliche Investitionen aus den europäischen Konsolidierungsvorgaben auszunehmen, um die negative Spar- und Wachstumsspirale zu durchbrechen und den Mitgliedsstaaten und der EU insgesamt ein Herauswachsen aus der Krise zu ermöglichen.
- Die Konsolidierung muss so erfolgen, dass in den betroffenen Staaten das Wachstum nicht abgewürgt und ein soziales Spardiktat unausweichlich wird, d.h. auch Aufstockung und längere Laufzeiten beim „Rettungsschirm“ und solidarische Lösungen zur Verallgemeinerung leistbarer Zinssätze auch für Defizitländer.

- Nicht hohe Löhne oder sichere Pensionen haben die Schuldenkrise verursacht, sondern weiterhin ungezügelter Finanzmärkte. Zur Absicherung des Wohlstandsniveaus gilt es daher ernsthaft an der Regulierung der Finanzmärkte zu arbeiten, um zu verhindern, dass die Finanzmärkte neuerlich die gesamte Wirtschaft destabilisieren. Die möglichst rasche Einführung einer Finanztransaktionssteuer steht hier an oberster Stelle der gewerkschaftlichen Agenda.
- Darüber hinaus muss die Einkommensungleichheit in der EU effektiv angegangen werden. Dafür braucht es auch gerechte Steuersysteme sowie solide und nachhaltige Steuereinnahmen. Steuerbetrug, Steuerflucht und Steuerdumping dürfen in Europa keinen Platz mehr haben. Europa muss handeln. Bei den Finanzspekulationen und bei den Unternehmenssteuern. Diese müssen europaweit koordiniert werden, etwa über EU-weite Mindestsätze bei der Körperschaftsteuer auf Basis einheitlicher Bemessung.
- Es muss gewährleistet sein, dass der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit, vor allem der Jugendlichen in Europa, auf der wirtschaftspolitischen Agenda mindestens gleich hoher Stellenwert eingeräumt wird, wie stabilen Staatsfinanzen.

4.) Die GPA-djp wird in Kooperation mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und den europäischen Branchenverbänden auf allen Ebenen ihren Einfluss geltend machen, damit der skizzierte Politikwechsel Platz greift:

- Die Sanierung der durch die Krise hochverschuldeten Budgets darf nicht auf Kosten der sozialen Sicherungssysteme und der Arbeitnehmer/innen geleistet werden (u.a. dürfen solidarischen Sozialsysteme, insbesondere die Pensionen und die Gesundheitsversorgung nicht der Haushaltssanierung geopfert werden).
- Bei den anstehenden Entscheidungen im EU-Parlament und im Ministerrat darf kein demokratiepolitisch bedenklicher Automatismus bei der Definition „übermäßiger Ungleichgewichte“ sowie bei der Verhängung von Strafzahlungen in der EU Platz greifen.
- Bedenkliche Eingriffe von EU-Institutionen in die Autonomie der Sozialpartner bei der Lohnfindung im Zuge der künftigen Überprüfung „wirtschaftlicher Ungleichgewichte“ müssen verhindert werden: keine Sanktionen aufgrund von Empfehlungen, die sich auf Einkommen bzw. Lohnfindungssysteme beziehen.
- Eine substantielle Einbindung des Europäischen Parlaments und der Sozialpartner in der künftigen wirtschaftspolitischen Koordinierung muss sichergestellt werden.
- Die Verursacher der Krise müssen einen essentiellen Beitrag zur deren Bewältigung leisten (in erster Linie über die rasche Einführung der Finanztransaktionssteuer auf EU-/Euro-Ebene).

Um sicherzustellen, dass jene, deren Vermögen über Bankenrettungspakete gesichert wurden, auch einen entsprechenden Beitrag zur Bewältigung der Krise und zur Aufbringung der Krisenkosten leisten, erscheint es aus Sicht der GPA-djp in diesem Zusammenhang insbesondere auch gerechtfertigt, die parlamentarische Zustimmung zur dauerhaften Finanzierung des „Euro-

Rettungsschirms“ im Rahmen des ESM mit dem Einstieg in eine effektive Besteuerung von Vermögen zu verknüpfen.

Wien, 25. Mai 2011